Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 23. November 1880. Nr. 550.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 22. November

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertisch: von Kameke, Bitter, von Böttiger.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation des Abg. Dr. Hänel und Genossen.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) nimmt zunächst den Magistrat zu Breslau gegen den Vorwurf des Abg. Reichensperger in Schutz, daß derselbe die Disziplinar-Untersuchung gegen den Gymnasiallehrer Fechner deshalb beantragt habe, weil dieser Lehrer die bekannte Petition unterzeichnet habe. Das sei nicht ganz richtig, die Disziplinar-Untersuchung sei angeordnet, weil Herr Fechner ein Agitationsschreiben unterzeichnet habe, in welchem zur Unterschrift jener Petition aufgefordert wurde. (Lachen rechts.) Das Petitionsrecht werde durch die Interpellation nicht beeinträchtigt; man habe die Einbringung dieser Interpellation auch nur um deshalb für nothwendig erachtet, weil die Verbreitung jener Petition den Eindruck hervorgerufen habe, als ginge die Petition nicht lediglich von Privatpersonen aus; es liege vielmehr Grund zu der Annahme vor, daß die Regierung diesen Bestrebungen nicht ganz fern stehe. In der Petition werde auf die Masseneinwanderung der Juden hingewiesen. Herr Dr. Neumann habe nun aber statistisch nachgewiesen, daß die Auswanderungsziffer die Einwanderungsziffer noch übersteigt. Es sei statistisch festgestellt, daß im deutschen Reiche die Zahl der Juden in 50 Jahren sich nur um etwa 100,000 vermehrt hat. Die Aufforderung an die Juden, gute Deutsche zu werden, sei eine schwere Beleidigung; die Juden seien davon überzeugt, von jeher gute Deutsche gewesen zu sein und sich als solche bewährt zu haben. Die Behauptung, das Judenthum fange an, eine Macht zu werden, sei völlig unbegründet. Die alliance israélite sei keine politische Vereinigung, sondern ein Wohlthätigkeitsverein, der in erster Linie den Zweck verfolgt, Schulen zu begründen. Wenn der Leiter dieser Allianz geäußert habe, das Judenthum fange an, eine Macht zu werden, so sei das nichts weiter als eine wohlgemeinte Phrase. Das Judenthum verfolge nicht den Zweck, eine politische Macht zu werden; und er glaube, es liege im gemeinsamen Interesse, dafür zu sorgen, daß diese Judenhetze beseitigt werde. Er erkenne mit Dank an, daß die Herren von Heydebrand, Reichensperger, Windthorst erklärt haben, sie wollten die Gleichberechtigung der Juden aufrecht erhalten. Aber es genüge nicht, die Hände in Unschuld zu waschen, man müsse auch etwas dafür thun, damit diese kleinliche Form der Judenhetze verschwinde. (Beifall links.)

Abg. Bachem: Die Majorität des Hauses, vielleicht mit Ausnahme der Herren Interpellanten, sei darüber einig, daß die Interpellation inopportun und sachlich unbegründet sei. Weder die Regierung noch die Majorität des Hauses denke daran, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der israelitischen Mitbürger irgendwie in Frage zu stellen. Wie die Fortschrittspartei dazu komme, eine solche Interpellation, die jeder materiellen Grundlage entbehrt, zu stellen, sei ihm unbegreiflich. Die Fortschrittspartei fühle sich zu sehr als Berliner; die Interpellation sei hervorgegangen aus einer Verwechselung des preußischen Abgeordnetenhauses mit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Es sei ein Irrthum, zu Gunsten der Juden öffentliche Meinung machen zu wollen. Wird sind von der Fortschrittspartei aufgerufen worden, gewissermaßen zum Schutze einer gefährdeten und bedrängten Minorität einzutreten. So liegt die Sache gar nicht, so liegt die Sache speziell nicht in denjenigen Städten, in welchen die antisemitische Bewegung mit besonderer Lebhaftigkeit hervorgetreten ist. Die Sache liegt gerade hier umgekehrt. In diesen Orten kann man sagen, ist ein Fortschritt jüdischen Terrorismus vorhanden. In Bezug auf Berlin macht Redner auf die Erklärung des Stadtverordneten Limprecht aufmerksam und außerdem führt er einen Fall aus Breslau an, wo der Kommandant, General-Lieutenant von Wulffen, angeblich keinen christlich-konservativen Rechtsanwalt habe finden können, um ihn gegen die von Juden in der Presse betriebenen Hetzereien zu schützen. — Trotzdem erklärt Redner, sei seine Partei entschieden gegen jede Ausnahme-Maßregel in Bezug auf die Juden und sollte die Regierung jemals solche Ausnahme-Maßregeln beabsichtigen, so werde die Fortschrittspartei das Centrum an ihrer Seite finden. Wie die Dinge liegen, sei von einem Schutz verfassungsmäßiger Rechte, von Menschenrechten, von Freiheitsrechten gar nicht die Rede. Eine Judenfrage sei vorhanden, eine sozial-politisch-wirthschaftliche und eine sittlich-religiöse. Im Vordergrunde stehe die sozial-politisch-wirthschaftliche Frage. Es sei eine unbestreitbare Thatsache, daß seit einigen Dezennien, insbesondere in dem letzten sich eine unheilvolle Verschiebung des mobilen und immobilen Besitzes zu Gunsten der Juden gezeigt hat. Dies erkläre sich wesentlich dadurch, daß ein Theil der jüdischen Bevölkerung — und ein verhältnißmäßig großer Theil — sich verwerflicher, unmoralischer Mittel bedient hat, um zu großen Reichthümern zu gelangen. Die Juden seien die Hauptträger des Börsen, des internationalen Getreide-Geschäftes, ihre Manipulationen an der Börse trügen wesentlich zur Vertheuerung des Brodes bei; sie schädigten die soliden Geschäfte durch zahllose Konkurrenzgeschäfte. Dies sei der Kern der Judenfrage. Es sei nicht blos das Gefühl des Neides, sondern ein berechtigter, begreiflicher Unmuth, wenn die christliche Bevölkerung sieht, wie thatsächlich die Ausbeute der Arbeit und des Leichtsinns dazu dienen muß, die soziale Stellung vieler Juden zu verbessern und sie in die Lage zu setzen, ihren Kindern eine bessere Erziehung zu geben. Hier müsse geholfen werden durch eine Reform der sozialen Gesetzgebung, welche das Kapital zu sehr begünstigt hat. Daneben freilich auch auf dem Wege der Staatshülfe, durch die Gründung von Volksbanken, Hypothekenbanken, durch Kreditinstitute 2c. Redner wendet sich sodann gegen die Berliner Blätter, namentlich gegen die Witzblätter, denen er Frivolität, Cynismus und unwürdiges Verhalten zum Vorwurf mache, deren ätzender Humor sich verhalte, wie Schwefelsäure zu edlem Wein. Die Jesuiten seien in dem Augenblick ihrer Ausweisung von diesen Blättern mit nichtswürdigem Hohn behandelt, Niemand von den Liberalen habe sich gegen diese schandbaren Exzesse gewendet. Und der „Börsen-Courier" habe noch gestern über die gegenwärtigen Verhandlungen einen Bericht gebracht, in welchem er ein angesehenes Mitglied dieses Hauses als eine skurile, lächerliche und fratzenhafte Erscheinung bezeichnet. Redner erklärt sich zum Schluß mit den Bestrebungen der Christlich-Sozialen einverstanden, insoweit sich dieselben zur Aufgabe gemacht, das Volk auf die Zustände in unserer Presse aufmerksam zu machen. Er wünsche gleiches Recht und gleiche Ideen auch den christlichen Bestrebungen, namentlich ungehinderte Wirksamkeit der katholischen Kirche auf dem sozialen Gebiete. Niemand beabsichtige, den Juden ihr Recht zu verkümmern, aber man dürfe auch nicht die Christen, namentlich nicht die Katholiken in ihren Rechten beeinträchtigen. (Bravo rechts und im Centrum; Zischen links.)

Abg. Richter (Berlin): Jetzt habe ich verstanden, weshalb der Abg. Windthorst am Sonnabend mit scharfer Betonung erklärte, daß er nur für seine Person spreche. Die Rede des Abg. Windthorst war die Rede des Mannes, der wirklich von dem religiös-sittlichen Ernst und der ganzen Bedeutung der Frage durchdrungen ist. Es wäre für das Centrum besser gewesen, es hätte es bei dem einen Tage bewenden lassen. Herr Bachem hat sich herausgenommen, den jüdischen Charakter ganz im Allgemeinen zu verdächtigen. Durch Betrug und Unrecht sollen die Juden zu großen Reichthümern gelangt sein. Wo ist die Statistik hierfür? Die Kriminalstatistik ist im Gegentheil den Juden durchaus günstig. Der Herr Vorredner spricht von der Börse und von dem unpatriotischen Verhalten der Berliner Börse im Jahre 1870. Wissen Sie denn nicht, Herr Bachem, daß die Anleihe von 1870 nicht nur an der Berliner Börse, sondern im ganzen Lande zur Zeichnung aufgelegt? Wissen Sie denn nicht, daß es den Katholiken an Tausenden von Zeichnungsstellen unbenommen war, ebenfalls zu zeichnen? Und wenn dennoch damals nur 70 Millionen gezeichnet wurden, so erklärt sich das aus der augenblicklichen Erregung, aus dem Darniederliegen der Geschäfte. Waren die Hauptgründer, die Herren Fürst Putbus, Herzog von Ujest, Geheimrath Wagener etwa Juden? Ein Jude, der Abg. Lasker, war es, welcher zuerst in diesem Hause den schmachvollen Gründungen die Larve abgerissen hat! Gewiß ist der Wucher schädlich; aber giebt es denn blos jüdische Wucherer? Es giebt ja sogar in der heiligen Stadt Köln christliche Wucherer. Und wer steht an der Spitze der größten Berliner Volksbank, die gegen den Wucher auftritt? Herr Dr. Straßmann, wiederum ein Jude! In dem Kulturkampf sind Ausschreitungen vorgekommen; Niemand bedauert dieselben mehr als ich; aber wer hat es verschuldet? Diejenigen, welche nicht den Gesetzen Gehorsam geleistet haben. Die jüdische Bevölkerung hat eine Gesetzgebung, welche sie in der Ausübung ihrer Religion mehr einschränkt als die katholische. Aber niemals haben Sie gehört, daß die Juden diesen Gesetzen den Gehorsam gekündigt haben. Ich habe immer die Spottbilder, welche religiöse Gefühle verletzen, bedauert. Aber wo finden Sie die Nonne würdig als Krankenpflegerin abgebildet? Im Berliner Rathhaus! Aber einen Mönch abzubilden, wie er nachdenkt über die höchsten Probleme, dazu ist allerdings kein Künstler im Stande. (Große Heiterkeit.) Man hat die „Posener Zeitung" angegriffen als ein jüdisches Blatt. Weder der Besitzer noch wie Redakteur ist aber ein Jude; wohl aber ist der Besitzer des „Posener Tageblatt", des gegenwärtigen Regierungsorgans, ein Jude! Aber die Juden schlägt man, die Liberalen meint man. Weil man die Liberalen nicht in ihren Grundsätzen bekämpfen kann (Lachen rechts), weil man ohnmächtig dagegen ist, deshalb wird der Racenhaß zur Hülfe gerufen. Es sind verzweifelte Anstrengungen, die zu solchen Mitteln greifen, nicht um die Juden, sondern um die Liberalen anzugreifen. Der Herr Vorredner sagt, die Interpellation sei inopportun. Gewiß für Sie! (Heiterkeit.) Wir sind zufrieden mit dem Erfolg. Wenn Sie so zufrieden mit dem Sonnabend gewesen, wie wir, dann hätten Sie nicht nöthig gehabt, zu unserer Ueberraschung auch noch den Montag zur Hülfe zu nehmen; aber Sie werden auch schwerlich Lorbeeren pflücken. Wir setzen dem Petitionsrecht das Interpellationsrecht entgegen. Wenn Sie die Bewegung beschränken wollen auf Berlin, dann würden Sie vielleicht Recht haben. Aber greift sie nicht weiter? Wird die Petition nicht versendet an alle Landräthe, Steuererheber und weiß Gott wen. Es war an der Zeit, die öffentliche Meinung auf das aufmerksam zu machen, was im Lande vorgeht. Das Abgeordnetenhaus ist das Gewissen der Nation. Die Interpellation war die Leuchtkugel, die aufstieg, um jene Minirarbeiter zu kennzeichnen, die jetzt thätig sind, die jene Bewegung hervorgerufen. Jetzt sind Kräfte wachgerufen; jetzt sind sie aus der Offensive in die Defensive geworfen. Wenn Einzelne sich jetzt von der Bewegung zurückziehen, so geschieht das unter dem Druck der öffentlichen Meinung, es ist ihnen klar geworden, warum es sich handelt. Die Feigheit der Konservativen überlasse ich den Herren unter sich auszufechten.

(Präsident (den Redner unterbrechend) Das hat der Abg. Bachem nicht gesagt, sonst hätte ich ihn zur Ordnung gerufen.)

Ich habe nicht von den Konservativen in diesem Hause gesprochen, sondern von den Breslauern. Warum hat denn der Abg. Schröder-Lippstadt nicht das Mandat angenommen, zu dem sich Breslauer Anwälte nicht fordern ließen? Ich möchte heute noch auf die Worte des Herrn v. Vincke hinweisen, der öffentlich bekannte, er könne sich den Staat nicht als christlich oder konfessionell denken und das Christenthum in Widersprüchen mit dem modernen Staat. Redner wirft den Katholiken vor, daß sie in ihren Versammlungen das Simultanschulwesen, die gemischten Ehen bekämpfen und damit tief in die bürgerlichen Rechte eingreifen. Herr Franz habe auf der Breslauer Katholiken-Versammlung die Katholiken aufgefordert, nichts mehr von Juden zu kaufen. Das müsse schließlich die Nation auseinanderbringen. Das sei eine antinationale Bewegung, sie richtet sich gegen das einige Deutschland, das im Jahre 1870—71 mit so großen Opfern geschaffen worden. Die christlich-soziale Bewegung ist viel gefährlicher als die sozialdemokratische; aber die Führer der ersteren bleiben in Amt und Würden. Sie versprechen den Arbeitern, daß nach Aufhebung der schlechten Gesetze ihre Lage verbessert werde. Herr Stöcker empfiehlt stets Staatshülfe, doch im germanischen Wesen liegt mehr der Drang nach Selbsthülfe. Ginge es nach solchen Grundsätzen, so kämen wir zu französischen Revolutionszuständen. Wenn der Staat allen diesen Ansprüchen nicht genügen kann, wird die Allgemeinheit darunter leiden. Das Programm der Christlich-Sozialen ist anti-monarchisch. Auch in der Art und Weise des Vorgehens ähneln sich Christlich-Soziale und Sozialdemokraten. Dieselben Tumulte sind vorhanden. Das besonders Perfide bei den Christlich-Sozialen ist aber, daß neben dem Kampf des Besitzlosen gegen die Besitzenden noch der Racenhaß zukommt. Für die Race kann doch Niemand. Die Herren Körner und Finn sind Genossen der Christlich-Sozialen geworden. Schon die Rückkehr dieser Sozial-Demokraten und die sie begleitenden Umstände sind noch unaufgeklärt. Sie müssen von sehr hoher Stelle geschützt sein, ebenso wie die Blätter aus dem Reptilienfonds. Die Regierung hat auch die sozialdemokratische Bewegung im Anfange wohlwollend behandelt, aber auch die jetzige Bewegung soll sich hüten, nicht die Bestie im Menschengemüth aufzurufen. Jetzt sieht man die Hand des Reichskanzlers noch nicht offen in dieser Angelegenheit, aber die Hintermänner desselben treten sehr offen dafür auf. Jedenfalls haben die Unterzeichner der Petition den Glauben, daß der Reichskanzler sie schütze. Daher, damit das Gegentheil ausgesprochen werde, haben wir die Interpellation gestellt.

Abg. Stöcker: Auch ich bin für den Frieden, aber nicht für den faulen Frieden, unter welchem wir bisher in Berlin gehetzt wie ein Thier gelebt haben. Die Berichte über meine Versammlungen sind meist von der verlogenen jüdischen Presse verfälscht. Auch sind meine Versammlungen nie polizeilich aufgelöst worden. Das Christliche bindet die Geister, der Fortschritt entfesselt sie. Wenn frühere Sozialdemokraten zu uns gekommen sind, so ist dies der Zweck meines Auftretens, die Sozialdemokratie zu uns überzuführen. Der Nothstand in Oberschlesien kommt wesentlich vom jüdischen Wucher. Für mich ist die Judenfrage keine religiöse, keine Racenfrage, keine staatsrechtliche, wohl aber eine sozial-ethische. Die halbe Million Juden haben zu viel Einfluß gewonnen im Staate. Die Männer der antisemitischen Bewegung haben keinen Neid, wohl aber Furcht vor dem übermächtigen Einfluß der Juden. Die Judenfrage ist für mich keine religiöse, keine Racenfrage, keine staatsrechtliche (Hänel: Daher die Petition?), es ist eine soziale. Ich bin daher mit Herrn Bachem einverstanden, daß die wirthschaftliche Stellung des Judenthums uns gefährlich ist. Die Frage, welche jetzt zur Diskussion steht, will nach rein geschäftlichen, praktischen, nüchternen Gesichtspunkten erwogen sein. Man wirft meiner Partei vor, sie sei sozialistisch — man übersieht die Unterschiede zwischen sozial und sozialistisch. Im Jahre 1878, dem Geburtsjahre der christlich-sozialen Bewegung, hatten die Sozialdemokraten 56,000 Stimmen auf ihre Kandidaten in Berlin vereinigt. Hunderttausende evangelischer Christen standen hinter den Sozialisten. Man darf es mir, einem Geistlichen, nicht verargen, wenn ich in der sozialistischen Bewegung nicht nur den Haß der Armen gegen die Reichen, der Atheisten gegen Gott, sondern auch den Nothschrei heraushörte: „Helft uns materiell und geistig". In die Kirchen kamen die Arbeiter damals nicht — mußte man nicht zu ihnen in die Volksversammlung kommen? Die Zeitungen haben vielfach falsche Berichte über die Versammlungen gebracht. Ich glaube, daß alle die häßlichen Züge, welche uns in der jüdischen Presse entgegentreten, begründet sind in einer Literatur, welche für das Christenthum nur Tadel hat. Er zitirt Professor Dr. Paulus Cassel (Prediger an der Christuskirche), ferner Prof. Schleiden. (Rufe: „Was soll das mit der Judenfrage?") Abg. Stöcker: „Schleiden ist Jude." Rufe: „Christ", „Christ". Stöcker: „Der Verfasser des Pflanzenlebens?" Rufe: „Ja wohl, Christ". Stöcker zitirt Predigtstellen, Stellen aus Feuilletons — auch aus einer Theaterplauderei des „Börsen-Courier", wo von einer frommen Schauspielerin die Rede war. — Man solle nur erst den Erfolg der Juden-Emanzipation in Rumänien abwarten. Mit der Antisemitenliga habe ich keine Gemeinschaft, halte auch nicht die „Wahrheit". Ich achte die großen Juden Mendelssohn 2c., aber die jüdische Presse hat die Achtung vor den Juden bei mir zerstört. Dr. Max Hirsch verlangt 3 M. 75 Pfg mehr Lohn für den Arbeiter, als Ersatz für die verschiedenen Zölle, doch soll der Abg. Richter den Beweis führen, ob eine Arbeiterfamilie so viel an Zöllen ausgiebt. Ich kann mir gar keinen schöneren Titel denken als „christlich-sozial", das le-

deutet die Grundpfeiler des Staates. Ich bin von Niemand unterstützt, von Niemand in die Bewegung hineingeschickt. Ich trage die Last auf eigenen Schultern. Unser Programm spricht das Gegentheil von der Sozialdemokratie aus. Mich hat die Presse in die jüdische Bewegung hineingedrängt, zuletzt auch das Verfahren des Abg. Dr. Straßmann. Die Presse hat immer Versammlungen von Geistlichen beschimpft, besonders Missionskonferenzen und die Synoden. Trotzdem habe ich das Judenthum niemals aus diesem Grunde angegriffen, sondern nach den Aeußerungen des Abg. Löwe und Abg. Dr. Straßmann, besonders des Letzteren. Da hielt ich es für meine Pflicht als Geistlicher, dies auch in Volksversammlungen zu widerlegen. (Abg. Minnigerode ruft: „Ruhe bei der Minderheit".) Für etwas Anderes habe ich nie agitirt. Es haben sich niemals so viel Israeliten an mich gewendet, daß ich ihnen Unterricht in der christlichen Religion ertheilen solle, wie eben jetzt. Viele Juden hatten Beifall für meine Agitation (Lachen). Dagegen hat der vierte Theil Derjenigen, welche die Erklärung gegen die Petition unterschrieben, den Tanz um das goldene Kalb in den Gründerjahren mitgetanzt. Jetzt komme ich zur Petition. (Abg. Hänel: Haben Sie sie unterschrieben? Stöcker: Nein. Zurufe: Hier steht es aber. Heiterkeit Lärm.) Hören Sie mich nur an. Ich bin zugezogen worden zu den Berathungen über die Fassung der Petition. Ich verlangte zunächst nur einen Absatz, der eine Statistik über die Verhältnisse der Juden erbittet und heute bitte ich hier die Regierung um diese Statistik. Ich habe jene Petition erst später unterschrieben. (Zurufe, Unruhe, Gelächter.) Die Juden sollten etwas mehr bescheiden sein und nicht immer glauben, daß die Majestät des Judenthums geschändet sei, wenn man etwas gegen sie sagt. Mich wundert, daß der Vorstand der jüdischen Gemeinde sich nicht an mich gewandt hat. Wir hätten auch nicht die Besprechung der Judenfrage verhindern können, sondern wir mußten sie ins Volk tragen. Die Volksversammlungen sollen das Volk zur Stütze der Monarchie heranziehen. Die Fortschrittspartei hat die Frage ernst genommen, als Dr. Straßmann bei der Wahl zum Stadtverordneten durchzufallen drohte. Die Petition war nothwendig als Abschluß der Bewegung. Die Petition wolle wirklich keine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden. Es fragt sich, ob nicht die Anstellung der Juden als Einzelrichter eine Aenderung unserer Institutionen sei. Ein Christ wolle vor jüdischen Richtern nicht schwören. Als Kollegialrichter könnten Juden fungiren. Es seien bei 150 Referendarien 43 jüdische in Berlin. Auch im dritten Punkte muß ich der Petition beistimmen, betreffs der Lehrer. Die Interpellation spricht von Ausschreitungen, dieselben sind vorgekommen und ich bedauere sie, aber auch die bekannten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung seien Ausschreitungen gewesen. Auch die jüdische Literatur erlaube sich Ausschreitungen. Er vermißt dagegen jede freundliche Aeußerung. Schlimmer sei es noch mit der Presse. Das Judenthum sei auch eine besondere Nationalität. Dafür sprechen Disraeli und andere Schriftsteller. Zu der „Erklärung der Berliner Notabeln" erklärt Redner dieselbe für eine große Entstellung. Der Nathan der Weise von Lessing war kein Jude, wie die Christen dort keine Christen. Der Nathan Lessing's ist ein Christ (Ruf links: Dann ist Stöcker ein Jude) Unsere Handwerker fordern gleiches Licht für Alle. Die Unterzeichner der Erklärung hätten vier, fünf, ein Dutzend Mal den Tanz ums goldene Kalb ausgeführt. (Ruf links: Unwahr! Hier Namen nennen!) Gleiches Licht für Alle bedeutet auch Beseitigung der Konkurrenz und wir sehen in dem Druck, welchen das Judenthum auf Handel, Gewerbe, sowie Grund und Boden ausübt, eine Verschärfung der sozialen Frage. Wer Wind säet, erntet Sturm, aber der Sturm trifft die Gesammtheit. Bei einem neulichen Leichenfund waren alle Beamte Juden, nur die Leiche war deutsch Möge es unserem Volke nicht so gehen.

Abg. Ludwig Loewe: Ich bin in etwas schwacher Position gegenüber meinem Vorredner und hatte nach der Erklärung des Ministeriums auch nicht die Absicht, an der Debatte theilzunehmen, aber die unwahren Behauptungen des Abg Stöcker zwingen mich dazu. Deshalb bringe ich Ihnen zunächst eine Blumenlese der Unwahrheiten. Da ist zuerst die Ableugnung der Unterschrift unter der Petition. Dann ist Herr Horwitz nicht Jude, sondern Christ. Der Schriftsteller Schleiden war niemals Jude, der Hermes der Stadtverordneten-Versammlung war niemals Abgeordneter. Der dänische Abgeordnete Brandes ist Atheist, nicht Jude. Die Zeitung „Concordia", die Herr Stöcker anzog, steht unter der Aegide von Moltke, ist also nicht fortschrittlich. Deshalb könne man den Ausführungen des Abg. Stöcker kein Vertrauen entgegenbringen. Ich bitte Sie, die Situation genau in Erinnerung zu behalten. Herr Stöcker antwortete auf die Frage, ob er die Petition unterschrieben, mit einem „Nein". Erst als ich ihm von meinem Platze aus sein eigenes Organ, den „Reichsboten" zeigte, da mußte er zugeben, daß er die Petition doch unterschrieb. Herr Stöcker bezeichnete den Stadtrath Horwitz als einen Juden, nur damit er die Herrschaft des Judenthums über die Schule beweisen könne. Er hätte sich leicht davon überzeugen können und hätte die Pflicht gehabt, sich davon zu überzeugen, daß Horwitz kein Jude sei. Herr Stöcker hat sich eben nur nach Beschuldigungen und nicht nach Beweisen umgesehen. Herr Stöcker hat einmal ausgeführt, daß die Judenfrage keine Racenfrage sei, daß aber, wenn sie es wäre, Mord und Todtschlag die Folge sei. Sodann hat er in einer Broschüre behauptet, hier stehe Race gegen Race. So fordere er offenbar zu Mord und Todtschlag auf. Man wolle nur jetzt den Liberalen an den Leib. Sie verlangen die Höhe der Geistes- und der Seelenbildung von den Juden, während bis vor ganz kurzer Zeit den Juden die Möglichkeit einer solchen entgegen war. Außerdem war keinem Juden der Eintritt in den Staatsverband gestattet, welcher nicht das genügende Kapital nachweisen konnte. Die Nachkommen haben dies nun erhalten. Jetzt lassen Sie die unsaubersten Elemente gegen uns los, denn die Erzählungen des Abg. Stöcker von seinen Versammlungen steht zur Wahrheit in demselben Verhältnisse, wie seine heutigen Auslassungen. Die Alliancé israelite hat keine politische Mission, sie gründet Schulen. Die deutsche Nation hat mit den Bestrebungen des Herrn Stöcker gar nichts zu thun, sie weist dieselben weit von sich. Wir sind weit entfernt davon, es zu bedauern, daß wir diese Interpellation eingebracht haben; sie hat zur Klärung der Situation wesentlich beigetragen. Es giebt einen einzigen festen Punkt, den wir suchen mußten, das ist die Haltung der Staatsregierung. Wir wollten wissen, wie sich die k. Staatsregierung zu dieser Bewegung verhält. Von heute an werden Sie anerkennen müssen, daß die Juden gleiches Recht mit Ihnen haben, und daß Sie mit Ihren Agitationen, die dem Vaterlande nur zur Schande gereichen, nichts erreichen werden. (Lebhafter Beifall)

Abg von Kröcher will sich nur einfach an die Interpellation halten. Was ist denn so Schreckliches geschehen, daß die Fortschrittspartei sich als Hüter der Gesetze der Regierung und den Konservativen gegenüber aufspielen zu müssen glaubte? Herr Stöcker hat Volksversammlungen abgehalten, in welchen die Judenfrage zur Sprache gebracht wurde. Nun (zur Linken) halten Sie solche auch ab und treten Sie den Dunkelmännern ebenfalls mit einer Erklärung entgegen. Wir haben eine Petition an den Herrn Reichskanzler gerichtet, das können Sie auch. Es wird Ihnen nicht schwer werden, nach Form und Inhalt ein Schriftstück zu Stande zu bringen, welches das Machwerk der Dunkelmänner weit in den Schatten stellt. Wollen Sie das Vereins-, das Versammlungs- und Petitionsrecht schmälern, gut; machen Sie Ihre Anträge, wir werden sie wohlwollend prüfen und soweit die konservativen Grundsätze dies zulassen, Ihnen freundlichst entgegenkommen. Sie haben mit dieser Interpellation Ihre liberalen Grundsätze aufgegeben. Sie haben damit selbst die Axt an den Ast gelegt, auf dem Sie sitzen und die Folgen werden nicht ausbleiben! (Lebhaftes Bravo rechts.) Man sagte, daß es inopportun gewesen wäre, die Interpellation so eingehend zu behandeln; das bestreite ich, ich meine, wenn Jemand hier ein Interesse gehabt hätte zu schweigen, es die Fortschrittspartei ist. Man hat die Agitation des Abg. Stöcker verurtheilt; nun, wir können ja das Urtheil darüber seinen Anhängern und dem „Mob", wie Richter sagt, überlassen. Daß in einem Pferdebahnwagen Berlin's eine Ausschreitung vorgekommen ist, was ist denn daran so Wichtiges? solche kommen ja in Berlin alle Tage vor. Und was ist denn daran, daß wir eine Petition an den Reichskanzler unterschrieben haben? das können Sie ja auch; und Sie werden uns dazu garnicht brauchen: Sie werden schon hier so viele Unterschriften zusammenbekommen, wie wir in der Provinz. Mich wundert nur, daß diese Interpellation von der „liberalen Partei" ausgeht. Ich finde es nicht „liberal", wenn man, wie Sie, gleich nach der Polizei ruft, wenn mal eine Ihnen nicht genehme Versammlung stattfindet oder eine solche Petition zirkulirt. Ich habe auch das Gefühl, daß es Ihnen bereits sehr unangenehm ist, diese Interpellation hier eingebracht zu haben, denn daß Ihnen von dem Abg. Stöcker und Anderen der wahre Sachverhalt vor dem Lande ordentlich auseinandergesetzt worden ist, das ist Alles, was Sie dadurch erreicht haben. Was ist denn der Grund gewesen, der zu der Interpellation geführt hat? Nichts wie die Furcht der Herren, ihre Mandate zu verlieren. Ich möchte aber den Herren rathen, nicht so viel Furcht zu zeigen. Nichts entmuthigt den Soldaten wie den Wähler so sehr, als wenn die Führer Furcht zeigen. Mit der Interpellation Hänel haben die Herren die Säge an den Ast gelegt, auf dem sie sitzen und die Folgen werden nicht ausbleiben. (Beifall rechts.)

Abg. Rickert: Zunächst eine persönliche Bemerkung gegen Herrn Stöcker. Er hat gesagt, der vierte Theil der Unterzeichner der Erklärung gegen die Judenhetze gehöre zu denen, die am Tanz um das goldene Kalb Theil genommen. Wir haben ein Recht, diese Namen zu hören. Der Herr Abg. von Kröcher hat uns vorgeworfen, wir rufen nach der Polizei. Was wir thun, ist nur, daß wir bei Zeiten Verwahrung einlegen und Mittel ergreifen gegen die Verbreitung der Annahme, die Petition hätte allen Grund, bei der Regierung volle Anerkennung zu finden. Wir Deutschen müssen uns schämen vor dieser Debatte, nicht weil sie stattgefunden hat, sondern weil sie hat stattfinden müssen. (Sehr richtig!) Die Juden sind Deutsche, das wollen Sie nicht vergessen. (Rufe rechts: Nein!) Sie sagen Nein, was sind sie denn. (Rufe: Eben Juden!) Ja, wenn Sie das sagen, verletzen Sie die Verfassung. Die Juden sind Deutsche kraft ihrer Geburt, kraft der Gesetze und kraft der Verfassung, die auch Sie beschworen haben. Die deutsche Nation, m. H., wird Ihnen auf diesem Wege nicht folgen. Der Abg. Stöcker sagt, er stehe auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung aller Staatsbürger; trotzdem hat er aber die Petition gutgeheißen. So weit geht also Ihre Gleichberechtigung, daß Sie die Juden ausgeschlossen wissen wollen von allen obrigkeitlichen Aemtern. Auch hier macht der Abg. Stöcker wieder einen Unterschied zwischen Stellen und Aemtern. Glauben Sie denn aber, daß auch die Hunderttausende auf den Dörfern und auf dem Lande, denen die Petition zur Unterschrift vorgelegt wird, diesen feinen Unterschied auch verstehen werden? (Sehr richtig! links.) Nun sagt Herr Stöcker, auch an der „Concordia" nehme Dr. Max Hirsch Theil. Letzterer schickt mir soeben selbst ein Schreiben, in dem er erklärt, er habe nie eine Zeile für dies Blatt geschrieben. (Abg. Richter: Also auch hier wieder Unwahrheit!) Ich könnte Stellen verlesen aus der „Landeszeitung" u. s. w., welche denen der sogenannten jüdischen Blätter nichts nachgeben. Der Judenhetze in Deutschland gegenüber erinnere ich Sie an die Deutschenhetze in Ungarn Gerade die Juden haben in Polen deutsche Sitte und deutsche Sprache bewahrt. Was wäre Ihr Programm (zur Rechten) ohne Stahl und Leo, also Juden mußten es Ihnen erst machen. Nach dem Ausspruche des Kaisers bei Gründung des deutschen Reiches sollte das Letztere ein Hort des Friedens werden. Ich rufe Ihnen zu: vereinigen Sie sich mit uns und lassen Sie ab von Ihren Bestrebungen, die im Stande sind, schließlich auch die Fundamente des Staates in's Wanken zu bringen (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts und im Centrum)

Abg. Strosser erklärt, daß er und seine Freunde sich über die Einbringung der Interpellation freuen und wünschen, daß die Herren recht oft solche Interpellationen einbringen. Ueber der Interpellation walte ein eigenes Schicksal. Veranlassung dazu habe ein Jude mit zweifelhaftem Charakter gegeben. Für diesen vielbewunderten Mann nimmt die Berliner Stadtverordneten-Versammlung Partei; Dr. Hermes erhebt die größten Schmähungen gegen die beiden Lehrer, ehe noch etwas Sicheres über die ganze Affaire feststeht. Man müsse staunen, daß ein solcher Mann in die Stadtverordneten Versammlung gewählt worden sei. Wenn die andern nicht ebenso wären, wäre er unmöglich hineingekommen. (Große Heiterkeit.) Redner praktisirt demnächst das Verhalten des Gymnasialdirektors Kempf und des Abg. Dr. Langerhans, die wohl selbst bereits anfangen, sich etwas zu schämen. Man habe gesagt, das Jahr 1870 habe alle nationalen Unterschiede verwischt. Haben denn die Herren die ganze Zeit geschlafen? Wissen sie denn nichts vom Kulturkampf? Da hätten die Herren auch mit einem Aufruf kommen sollen. Wo waren die Herren Mommsen, Forckenbeck u. s. w., als das Moabiter Kloster gestürmt wurde? Wo waren sie, als die Schulschwestern vertrieben wurden? Wo, als man die Jesuiten verbannte? Warum sind die Herren nie für den schmählich verleumdeten und angegriffenen Stöcker eingetreten? Dann werde in der Interpellation der christliche Geist angerufen. Aber alle unsere großen Geister: Friedrich der Große, Stein, Vincke ꝛc. haben sich abfällig über die Judenemancipation geäußert und auch unsere großen Dichter sprechen sich anders aus wie die 76 Berliner. (Heiterkeit.) Vor einem wirklich gläubigen Juden haben wir nichtsdestoweniger allen Respekt, ja sogar mehr Respekt, als vor der ganzen Fortschrittspartei (Große Heiterkeit), von der ich den christlichen Standpunkt noch nie habe vertreten hören. Der Einzige, der sich hier als einen gläubigen Christen bezeichnet habe, sei der Kollege Träger gewesen, aber es gebe auch wunderbare Heilige (Große Heiterkeit). Als im Herrenhause die höchste Behörde unserer preußischen Kirche getagt hatte, da sagte ein jüdisches Blatt, man müsse das Haus ausräuchern. Was würden die Juden sagen, wenn ich hier erklären wollte, bei der Menge Juden, die heute hier auf den Tribünen sitzen, müsse das Abgeordnetenhaus ausgeräuchert werden? (Rufe: Pfui! Abg. Löwe: Wenn Ihnen nun die Tribünen die Antwort geben!) Sie haben zu schweigen und kein Recht mich zu korrigiren. Was ich verlange, ist gegenseitige Achtung und Anerkennung der christlichen Gleichberechtigung. Nach einer Kritik der Reden vom Sonnabend schließt Redner: Thun wir Alles, um den Reibereien sowohl von Seiten der Juden wie von der der Christen ein Ende zu machen, dann wird der Friede von selbst eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Virchow erklärt, die Erklärung der 76 Berliner sei bereits vor dem Fall Kantorowicz abgefaßt worden. Auf den Fall Kantorowicz näher einzugehen, habe er keine Veranlassung. Aber sowie die Gerichtsverhandlung hier geschildert worden, sei sie nicht gewesen. In erster Instanz wurde die Firma freigesprochen und in zweiter Instanz ihr auch kein Dolus nachgewiesen. Außerdem habe es sich bei dem ganzen Fall nur um eine Auslegung einer streitigen Stelle des Markenschutzgesetzes gehandelt. Herrn Direktor Kempf sei das Recht, gegen Herrn Dr. Jungfer einzuschreiten, nicht zu bestreiten, denn Herr Jungfer sei ein Hauptagent der ganzen Bewegung gewesen. Mit dem Ergebniß der Debatte ist Redner zufrieden, da sich herausgestellt habe, daß die Bestrebungen der Antisemitenliga von keiner Seite gebilligt werden.

Abg v. Minnigerode verliest zur Kennzeichnung des Kantorowicz Stellen aus dem gegen diesen ergangenen Urtheil und kommt im Verlauf seiner Ausführungen zu dem entgegengesetzten Resultat wie Abg. Dr. Virchow.

Die Diskussion wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen, im Verlaufe derer Abg. Stöcker (von den Abgg Virchow, Richter und Rickert wiederholt aufgefordert, die Namen der Unterzeichner der bekannten Erklärung gegen die Judenhetze zu nennen, von denen er behauptet hatte, sie hätten sich an dem Tanze um das goldene Kalb betheiligt), erklärt, um Skandal zu vermeiden und die Betreffenden nicht zu kompromittiren, die Namen nur auf Befragen privatim mittheilen zu wollen.

Damit schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Westholsteinische Bahn, Rentenbanken, Etat der Domänen, Forsten, Landwirthschafts- und Gestütsetat.

Schluß 6 Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 23. November. Die im Art. 395 des Handelsgesetzbuchs bestimmte Haftung des Frachtführers für den Schaden, welcher durch Verlust oder Beschädigung des Frachtguts seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung entstanden ist, erstreckt sich nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, I. Civilsenats, vom 18. September d. J., bis zur effektiven Ablieferung des Frachtgutes. Die Fortdauer dieser Haftung wird durch den Empfangsverzug des Destinatärs oder durch Dispositionen des Destinatärs über das noch beim Frachtführer befindliche Frachtgut, welche als förmliche Abnahme desselben erscheinen können, nicht ausgeschlossen.

Literarisches.

Unter der Presse befindet sich und wird im Verlage von M. Heinsius in Bremen demnächst erscheinen:

R. Rothe's „Geschichte der christlichen Predigt". Aus Rich. Rothe's Nachlaß herausgegeben von Superintendent Trümpelmann in Uelleben. Gr. 8. 33 Bogen. Preis 9 M. Es umfaßt dieselbe die Zeit von den ersten Anfängen bis zum Tode Schleiermachers, ist also eine vollständige, bis auf die neuere Zeit fortgeführte Geschichte der Predigt. Keine Zeit und kein Land ist unberücksichtigt geblieben, und trotz dieses Reichthums des Inhaltes hält sich das Buch doch in mäßigen Grenzen. Die letzten Korrekturen Rothes im Manuskripte datiren aus dem Jahre 1864. — In einem Anhange und in Anmerkungen wird der Herausgeber die den Angaben Rothes etwa entgegenstehenden Annahmen anderer Forscher kurz angeben resp. beurtheilen. Auch das von Rothe etwa nicht Berücksichtigte, oder was erst die jüngste Zeit uns bekannt gemacht hat, wird in den Anmerkungen namhaft gemacht werden. — Jede Periode wird im Ganzen und dann wieder jeder Prediger im Einzelnen charakterisirt, und hervorragend ausgezeichnet sind die Charakteristiken der Väter und der Prediger der nachreformatorischen Zeit, nicht minder aber auch der hervorragendsten Prediger des Mittelalters. Das Buch wird in der Bibliothek jedes Pfarrers eine vielfach empfundene Lücke ausfüllen und jeder Prediger wird es mit Vergnügen und Nutzen lesen.

Ferner soll im Verlage von M. Heinsius in Bremen noch vor Weihnachten erscheinen: Das Buch Hiob für Geistliche und gebildete Laien übersetzt und kritisch erläutert von Dr. G. L. Studer, Professor der Theologie. Gr. 8°. 15 Bogen. Preis 4 M. Der Verfasser hat bereits in letzter Zeit Aufsätze über das Buch Hiob in dem Jahrb. für Protest. Theologie veröffentlicht und bietet in dieser Uebersetzung nebst kritischen Erläuterungen des so schwierigen Buches die Frucht von vieljährigen Studien und wiederholten Kathedervorträgen, unter absichtlicher Weglassung alles gelehrten Apparates und in einer so allgemein verständlichen Darstellung, daß sie nicht nur dem Fachgelehrten manches Neue bringen dürfte, sondern auch von den gebildeten Laien mit größtem Interesse begrüßt werden dürfte. [247]

Telegraphische Depeschen.

Baden-Baden, 22. November. Der Großherzog ist mit seiner Familie heute Abend nach Karlsruhe zurückgereist.

Linz, 22. November. Der deutsch-konservative Parteitag wählte Brandis zum Präsidenten und Chorinsky und Riccabona zu Vicepräsidenten. Nachdem mehrere Redner unter dem Beifall der Versammlung gesprochen hatten, wurde die bereits mitgetheilte Resolution einstimmig angenommen. Ebenso wurde eine Resolution wegen gleicher Vertheilung der Grundsteuer genehmigt.

Agram, 22. November. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag und am Sonntag Nachmittag wurden abermals lokale Erderschütterungen wahrgenommen.

London, 22. November. Gutem Vernehmen nach hat der diesseitige Botschafter in Berlin, Lord Russel, die Pairswürde erhalten.

Dublin, 22. November. Gestern fand in Killamore bei Longhera ein von der Landliga veranstaltetes Meeting statt, welchem gegen 15,000 Pächter und Zinsleute beiwohnten und wobei äußerst heftige Reden gegen die Grundherren und gegen die Regierung gehalten wurden.

Petersburg, 22. November. Der Großfürst-Thronfolger ist mit seiner Familie heute hier wieder eingetroffen und am Bahnhofe von den Spitzen der Behörden empfangen worden.

Konstantinopel, 22. November. Derwisch Pascha hat der Pforte in einer Depesche angezeigt, daß er heute mit 4 Bataillonen in Dulcigno einmarschiren werde.

Konstantinopel, 22. November. Der Sultan ließ gestern durch seinen Adjutanten dem Doyen des diplomatischen Korps, Grafen Hatzfeld, mittheilen, daß Derwisch Pascha die Majura-Brücke besetzt habe und heute die Majura-Höhen besetzen werde. Die Okkupation von Dulcigno stände bevor.

Heute Abend findet eine Konferenz der Botschafter statt.

Es erhält sich das Gerücht, daß der Sultan die über Veli Mehemed verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Gefängnißstrafe umwandeln werde.